

Kleine Anfrage 4453

des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos)

an die Landesregierung

Privat finanzierter Straßenbau

In einigen Kommunen sind in den letzten Jahren Anliegerstraßen in Eigeninitiative und somit nur auf Kosten der Anwohner in sicher verschiedenen Ausbaustufen saniert bzw. ausgebaut worden. Das mag sicher in einigen Fällen für die Anlieger sich günstiger gestaltet haben als über die Kommune. Allerdings können sich bei dieser Variante auch immer wieder problematische Situationen ergeben.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wieviel Anliegerstraßen wurden im Rahmen einer reinen Privatfinanzierung seit 2010 saniert/ausgebaut?
2. Kann die Kommune sich quasi im Sinne eines „verlorenen Zuschusses“ außerhalb der betreffenden Satzung beteiligen und wenn Ja, auf welcher gesetzlichen oder kommunalrechtlichen Basis?
3. Gibt es eine gesetzliche Basis für diesen privat finanzierten Straßenbau?
4. Wie ist die Situation hinsichtlich Bauabnahme und Gewährleistung?
5. Das System privat finanzierter Straßenbau funktioniert nur problemlos, wenn sich alle betroffenen Anlieger dazu im Vorfeld einvernehmlich bekennen. Kann ein einzelner Anlieger bzw. mehrere, die sich nicht beteiligen wollen oder finanziell können, trotzdem von der Mehrheit zur Teilnahme gezwungen werden?